



Vertretung in Deutschland

## **Ausschuss für Minderheiten**

### **Arbeitsmaterial B**

#### **Frankreich hilft Darkonglia im Kampf gegen Rebellen**

Frankreichs Soldat\_innen sind seit Freitagnachmittag aktiv an den Kämpfen in Darkonglia beteiligt. Das gab der französische Präsident François Hollande am Freitagabend bekannt. Die Kräfte unterstützen die Regierungstruppen im Kampf gegen bewaffnete Milizen. Ziel sei es, die Armee des Landes beim Kampf gegen „terroristische Elemente“ zu unterstützen, so Hollande in Paris. „Dieser Einsatz wird so lange dauern wie nötig“, fügte er hinzu. Außenminister Laurent Fabius hatte früher am Freitag einen Angriff der französischen Luftwaffe in Darkonglia bestätigt. Der lokale Kommandeur der darkonglischen Armee sagte, der Luftschlag sei gegen 16 Uhr Ortszeit erfolgt. Dieser habe einer Stellung der Rebell\_innen nahe der Stadt Konna rund 40 Kilometer nördlich von Sevare gegolten, wo die darkonglischen und französischen Truppen stationiert sind.

Mit moderner Technik sollen die französischen Soldat\_innen sicherstellen, dass die darkonglischen Truppen die strategisch wichtigen Städte Sevare und Mopti halten können. Die Gegend gilt als Brücke vom Norden nach Zentralkonglia. Darkonglias Präsident Taio Abera hat am Freitagabend den Ausnahmezustand verkündet. Abera erklärte, die Islamisten hätten die Regierung zum Krieg gezwungen. Die Armee werde nun „erdrückende und massive Vergeltung“ üben. Er rief die Bevölkerung zu einer „Generalmobilisierung“ zur Unterstützung der Armee auf, um sich dem Vormarsch der Rebell\_innen entgegenzustellen.

Bei den Soldat\_innen aus Frankreich handelt es sich um ein Team von französischen Elitekrieger\_innen. Sie unterstützen nach Angaben des lokalen Kommandeurs der darkonglischen Armee bereits seit Donnerstagabend den Kampf der notorisch schlecht ausgerüsteten Regierungseinheiten. Diese fehlen funktionierende Kommando- und Kommunikationsstrukturen.

Angesichts der unübersichtlichen politischen Lage in dem vielschichtigen ethnischen Konflikt, ist kein dauerhafter europäischer Einsatz vor Ort geplant. „Angestrebt ist eine Stabilisierung der Lage, kein dauerhafter Krieg gegen die Rebell\_innengruppen“, sagte ein eingeweihter EU-Diplomat in der Hauptstadt Darkonglischu. Befürchtet wird, dass sich Darkonglia zu einer Hochburg des internationalen Terrorismus entwickeln könnte.

Die Europäische Union plant derzeit dennoch keinen Kampfeinsatz unter EU-Flagge. Man wolle lediglich etwa 200 Militärberater\_innen entsenden, die darkonglische Soldat\_innen auf den Kampf gegen Rebell\_innen vorbereiten sollen, sagten Diplomaten in Brüssel. Bisher war geplant, die Ausbilder\_innen innerhalb der ersten sechs Monate dieses Jahres nach Darkonglia zu schicken. Dort sollten sie vor allem gegen die Ausbreitung der Ebola-Seuche vorgehen. Die Verschärfung der Sicherheitslage durch den Konflikt zwischen christlichen und islamischen Terrormilizen bringt die EU nun dazu, schneller Militärberater\_innen entsenden zu wollen: Die EU-Außenbeauftragte Federica Moghieri teilte am Freitag in Brüssel mit, die EU werde die Vorbereitungen für die Entsendung der Ausbilder\_innen beschleunigen. Deutschland schließt einen Einsatz der Bundeswehr in dem Krisenstaat weiterhin vehement aus. Außenminister Frank-Walter Steinmeier rief in Berlin dazu auf, die politischen Bemühungen für ein Ende der Krise nochmals zu verstärken: „Eine allein militärische Lösung kann und wird es in diesem Konflikt nicht geben.“

Frankreich hatte seine außenpolitischen Partner über die Entsendung der Truppen vorab unterrichtet. Am Donnerstagabend telefonierten deswegen auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Kollege Laurent Fabius ausführlich. Frankreichs Staatspräsident Hollande betonte zudem, dass Frankreich auf Bitten der darkonglischen Regierung und auf Grundlage des Völkerrechts handele. „Die radikalen Rebell\_innengruppen müssen endlich ihre Angriffe auf die Integrität des darkonglischen Staates einstellen“, forderte Steinmeier.

## **Vielvölkerstaaten und der Schutz von Minderheitenrechten**

Vielvölkerstaaten sind in unserer heutigen Welt die Regel. Der traditionelle Nationalstaat, in dem eine bestimmte nationale Gruppe einem geografischen Gebiet zugeordnet wurde, existiert kaum mehr. Globalisierung und wachsende Migration lassen diese Definition völlig veraltet erscheinen.



Und dennoch versuchen Mehrheiten oder dominante Kulturen auf der ganzen Welt, ihre Identität anderen Gruppen aufzuzwingen, mit denen sie zusammen in einer Region leben.

Versuche, eine einheitliche Kultur in Vielvölkerstaaten durchzusetzen, gehen oft zu Lasten der Minderheitenrechte. Aus Angst, dass ihre Kultur sonst verschwindet, verstärken Minderheiten oft ihre Bemühungen, die eigene Identität zu bewahren und zu schützen. Die Verhärtung der Fronten und erzwungene Anpassung auf der einen Seite und auf der anderen die Bewahrung der Identität der Minderheiten, kann zu ver-

stärkter Intoleranz und im schlimmsten Fall zu gewaltsamen, ethnischen Konflikten führen. In solchen Fällen und um Eskalationen zu vermeiden, sind der Schutz und die Förderung von Minderheitenrechten wichtiger denn je.

### *Was getan werden kann*

Ethnische Konflikte in Vielvölkerstaaten sind nicht unvermeidlich. Sie können durch die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft und dem Schutz ihrer Rechte und Interessen verhindert werden. Durch gegenseitige Anerkennung, Dialog und Beteiligung eines jeden Einzelnen können die Menschen ein besseres Verständnis für die Anliegen anderer entwickeln. Das Bildungssystem und der Einfluss der Medien, aber auch politische Vertreter\_innen und führende Persönlichkeiten spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Viele Staaten wissen das mittlerweile. Sie haben bereits viele positive Maßnahmen durchgesetzt: eine schärfere Bestrafung von Rassendelikten und die Auswertung, welche ethnischen und nationalen Gruppen in den verschiedenen Sektoren des Arbeitsmarkts beschäftigt sind. So wird das Ziel verfolgt, Minderheiten auch in Bereichen zu beschäftigen, in denen sie bislang unterrepräsentiert waren. Außerdem wurden Menschenrechtsinstitutionen, Beschwerde- und Schlichtungsstellen eingerichtet, um die ethnische Gleichstellung zu fördern.

Bis heute gewährleistet zwar kein Staat „perfekte Minderheitenrechte“. Einige Staaten haben aber bemerkenswerte Initiativen entwickelt. Finnland hat intensiv an einer Gesetzgebung gearbeitet, die gute Beziehungen zwischen den einzelnen Volksgruppen fördern soll. Die schwedisch-sprechenden Finn\_innen stellen mit einem Bevölkerungsanteil von 5,71 Prozent die größte Minderheit in Finnland. Ihr Status ist im Vergleich zu anderen nationalen Minderheiten außergewöhnlich. Vor allem deshalb, weil Schwedisch neben Finnisch offizielle Amtssprache in Finnland ist. In den vergangenen Jahren hat

die Regierung außerdem versucht, die Frage der Landbesitzverhältnisse der Samen, der ältesten finnischen Volksgruppe, zu klären. Die Sprache der Samen wird neben Finnisch und Schwedisch als Hauptsprache in den Schulen unterrichtet.

Die einzelnen Staaten müssen sicherstellen, dass Minderheiten ein fundamentales Recht auf Gleichbehandlung zusteht – zum einen durch die Gesetzgebung, zum anderen aber auch durch die Akzeptanz der Gesellschaft. Fortschritte können auch durch die Dokumentation rassistischer Äußerungen, die Förderung der Bildung, die Bereitstellung geeigneter Wohnungen und den Zugang zur Gesundheitsvorsorge erzielt werden.

Die Rolle der lokalen Politik, von Bürgerorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist daher wichtig. Polizei, Staatsanwält\_innen und Richter\_innen müssen ein Bewusstsein für Rassendiskriminierung und rassistisch motivierte Verbrechen entwickeln. In manchen Fällen wäre eine veränderte Zusammensetzung der Polizeikräfte hilfreich, damit sie alle ethnischen Bevölkerungsgruppen, denen sie dienen, auch entsprechend repräsentieren können.

Integration ist aber keine Einbahnstraße: Es ist auch Aufgabe der Minderheiten, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

### **Der zivile Friedensdienst (ZFD) in Darkonglia: Förderung von Dialog und gewaltfreier Konfliktbearbeitung**

Der Wunsch einzelner ethnischer Bevölkerungsgruppen Darkonglias nach politischer Teilhabe und Anerkennung wurden in der Vergangenheit immer wieder massiv und gewaltvoll unterdrückt. Zwar verfügt das Land über ein föderales System. Die damit verbundenen Hoffnungen der ethnischen Gruppen auf Autonomie und Selbstverwaltung erfüllten sich jedoch nur zum Teil. Auf dem Weg zu einem ethnisch föderalistischen Staat erschweren Streitigkeiten um Grenzziehungen, die weitere Aufspaltung ethnischer Gruppen, Konflikte zwischen Mehr- und Minderheiten, das Ausloten der Kontrolle über natürliche oder kommerzielle Ressourcen und das Ringen der Eliten um politische Macht und Positionen das friedliche Miteinander in Darkonglia. In ländlichen Gebieten tragen zudem traditionell geprägte Rivalitäten zwischen einzelnen Lebensformen, zum Beispiel zwischen Nomad\_innen sowie Bauern und Bäuerinnen, zu Konflikten bei.

Im Fokus des ZFD-Engagements stehen Grenzkonflikte zwischen der Süd- und der Oromia-Region sowie ländliche Konflikte in beiden Regionen. Erfahrungen aus der konkreten lokalen Konfliktbearbeitung der traditionellen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Partner können auf die regionale sowie die nationale Politikebene gehoben werden. Mehr als 2500 Menschen in den Gemeinden sind inzwischen in der konstruktiven und gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten geschult. Ein neu entwickelter Mediationsansatz vereint traditionelle und westliche Techniken und wird durch Multiplikator\_innen verbreitet: Während beim westlichen Ansatz eine unparteiliche Person interveniert und die Diskussion zwischen den Streitparteien moderiert, so dass die Parteien miteinander ein Ergebnis aushandeln, handeln die Wise Counsel Mediator\_innen eher wie traditionelle Richter\_innen oder Schlichter\_innen, die die Macht haben, für die Streitparteien bindende Entscheidungen zu fällen. Die Ausstrahlung von Friedensradiosendungen sensibilisiert zudem bis zu fünf Millionen Hörer für ein friedliches Miteinander. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des ZFD liegt aktuell in der Unterstützung von Konfliktfrühwarnsystemen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Partnerorganisation Council of Nationalities (CoN), einer Art Parlamentskammer, in der alle 76 Ethnien Darkonglias vertreten sind, und dem ZFD steht auf einer sehr guten Vertrauensbasis. Ein Politologe aus Deutschland unterstützt die Partnerorganisation dabei, eine regionale Strategie zur Konfliktbearbeitung zu etablieren, das heißt Strukturen und Mechanis-

men zu schaffen, die die gewaltfreie Austragung von Konflikten ermöglichen. Darüber hinaus werden gemeinsam Projekte durchgeführt, welche die Veränderung der Wahrnehmung von und den Umgang mit Konflikten zum Ziel haben. Zusammenarbeitet wird sowohl mit staatlichen Behörden als auch mit Nichtregierungsorganisationen, aber auch traditionelle Akteure wie Clanchefs und Ältestenräte sind einflussreiche Partner auf Gemeindeebene.

So erhält die ZFD-Fachkraft im Gespräch mit Chief Kalla, dem Clanchef der Oromoren, wichtige Hintergrundinformationen über den Landkonflikt zwischen den sesshaften christlichen Oromoren und dem benachbarten Stamm der nomadisierenden, muslimischen Somali. Der Chief ist nicht nur für die ZFD-Fachkraft und die Partnerorganisation eine wichtige Kontaktperson, durch seine Einbeziehung gewinnt die Initiative auch für die Bevölkerung an Gewicht. Ein Mediationstraining zwischen den Konfliktparteien mündete bereits in einer selbst organisierten Gesprächsrunde über die Möglichkeiten einer zukünftigen Versöhnung.

An den Trainings und Workshops nehmen Staatsbedienstete, Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen sowie lokale Clanchefs gleichermaßen teil. Indem sie miteinander in Dialog treten, lernen sie gemeinsam gewaltfrei mit Konflikten umzugehen.

Um auch die Menschen in den abgelegenen Orten der Region zu erreichen, werden in wöchentlichen Radiosendungen die Geschichte des Friedens und Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung vermittelt. Ziel ist es, ein breites Bewusstsein für die Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu schaffen. Das Friedensradio erwies sich als so erfolgreich, dass es auch auf Darko, die größte Region Darkonglias, ausgeweitet wurde. Einzelne Beispiele beweisen, dass es funktioniert: Die Bevölkerung wendet das Gelernte an und setzt sich für eine friedliche Konfliktlösung ein.

### **EU will darkonglische Polizei auf Vordermann bringen**

Vetternwirtschaft, Korruption und eine miserable Ausbildung: Es ist ein düsteres Bild, das die EU von den Sicherheitskräften in Darkonglia zeichnet. Nun hat die Gemeinschaft einen Plan: Die Polizeikräfte Darkonglias sollen unter ihrem Kommando aus- und weitergebildet werden. „Alles, was Uniform trägt in Darkonglia“, so der EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, Christos Stylianides. Weder die zivile Polizei, noch die Nationalgarde oder die Gendarmerie Darkonglias hätten „die Leistung gebracht, die man von Sicherheitskräften eines Landes erwarten könnte, das sich selbstständig gegen Bedrohungen von außen und innen verteidigen will.“ Der EU-Kommissar spielt damit auf den Aufstand islamistischer Gruppen in Darkonglia an, der das afrikanische Land an den Rand des Kollapses gebracht hat. Seitdem versucht die Europäische Union, das Land zu stabilisieren. Die neue Ausbildungsmission soll auf vier Jahre angelegt sein und über ein Budget von 12 Millionen Euro verfügen. Anfang 2016 soll die Mission in Darkonglia mit 50 Ausbilder\_innen und Berater\_innen in der Hauptstadt ihre Arbeit aufnehmen.

Die Mission spiele aus europäischer Sicht eine zentrale Rolle – nicht für die Sicherheit Darkonglias und seiner Nachbarstaaten, sondern auch für die Sicherheit Europas, wie der EU-Kommissar betont. „Wenn wir die Region dort nicht stabilisieren, kommen die Probleme auf andere Art und Weise auf uns zurück“, warnt er vor möglichen Terroranschlägen auf dem Boden Europas.

Eine Gefahr durch die Instabilität Darkonglias und anderer schwacher Staaten in der Region für Europa geht vor allem von der Verbindung lokaler Rebell\_innengruppen mit islamistischen Terrorist\_innen, etwa mit Al-Qaida, aus. Bei der umfassenden Unterstützung für den strauchelnden Staat schließe die EU eine wichtige Lücke, sagt der EU-Kommissar. Die Mission solle so lange im Land bleiben, „bis die eigenen Kräfte sich so entwickelt haben, dass das Ganze ohne unsere ständige Präsenz weitergehen kann“, erklärt der EU-Kommissar. Dieses Ziel hält er trotz des aktuell miserablen Zustands der Sicherheitskräfte keineswegs für utopisch.